

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 40 Mark, monatlich 10 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Briefetal-Bote, Bahnhofstr. 5 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die fotografische Beilage folgt 10 Pfennig, die Restausgabe 20 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe
Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend
Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Nr. 6 Postfach-Konto: Berlin 62 443. Dienstag, den 16. Januar 1923. Postfach-Konto: Berlin 62443. 22. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Nach Abschnitt 3 Art. 1 Ziff. 9 des Reichsgesetzes vom 10. November 1922 (R. G. Bl. 1922 Nr. 76 S. 849 ff.) werden vom 1. Januar 1923 ab Altersrenten nicht mehr gewährt. An deren Stelle tritt von diesem Zeitpunkt ab die Invalidenrente (vergl. 3 Art. 1 Ziffer 12 a. a. D.).

Deshalb brauchen Versicherte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, in Zukunft nicht mehr durch den Vertrauensarzt untersucht zu werden. Diese Versicherten haben anstelle des ärztlichen Gutachtens den Kaufschein beizubringen.

Für die Antragstellung mache ich besonders auf das künftige Wahlrecht der Wanderversicherten aufmerksam (vergl. 3 Art. 1 Ziffer II und Art. VII a. a. D.). Meist wird der Antragsteller vorteilhafter das Ruhegeld statt der Invalidenrente wählen.

Vom 1. Januar 1923 ab wird zu allen bisherigen und zukünftigen Alters-, Invaliden-, Witwen- und Wäitnerrenten eine Steuerumlage von jährlich 9000 Mark zu den Wäitnerrenten von jährlich 4500 Mark gezahlt (vergl. 3 Art. 1 Ziffer 21 b und Art. III a. a. D.). Alle bisherigen gezahlten Rentenerhöhungen kommen dagegen in Wegfall.

Auch die Militärrentenempfänger haben in Zukunft Anspruch auf Zahlung der vollen Steuerumlage. Da die Ermittlung dieser Rentenempfänger wesentliche Schwierigkeiten verursacht, weise ich auf die erstbete Steuerumlage hin und erlaube diejenigen Rentenempfänger, die am 1. April 1923 noch nicht im Genuß der vollen Steuerumlage sein sollten, mit einem entsprechenden Antrage an mich heranzutreten.

Eine Harke als gefanden gemeldet.
Birkenwerder, den 15. Januar 1923.
Der Amtsvorsteher: Jung.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Nachdem der bisherige Pächter des in der Nähe der Hohen Neuendorfer Siedlung belegenen Gemeindegrundstücks an der Havel (Havelgut) die ihm erteilte Erlaubnis zum Betriebe eines Sommerausflugsplatzes an die Gemeinde abgetreten hat, wird eine neue Verpachtung des Grundstücks erforderlich. Der Pächter hat die zum Betriebe erforderlichen notwendigen Bauarbeiten auf eigene Kosten vollständig zu erledigen. Der Pachtvertrag wird auf die Dauer von 10 Jahren geschlossen. Pachtsgebote sind bis zum 31. d. Mts. im Zimmer 5 des Rathauses Birkenwerder abzugeben.
Birkenwerder, den 15. Januar 1923.
Der Gemeindevorsteher: Kühn.

Gemeinsame Bekanntmachungen der Gemeindevorsteher Birkenwerder, Bergfelde und Borgsdorf

Auf Grund des § 10 der Kreislokalverordnung vom 31. März 1921 wird hiermit folgendes angeordnet:
Vom 8. d. Mts. ab werden die
Abschnitte 15b und 18c
der 20-70 Ztr. Kohlenkarte zur Verlieferung freigegeben. Auf Grund dieser Abschnitte dürfen die doppelten als darauf vermerkten Kohlenmengen abgegeben und entnommen werden.
Die 1/2 Zentner-Abschnitte sind demnach mit je einem Zentner und die 1 Zentner-Abschnitte mit je zwei Zentnern zu befüllen. Gleichzeitg werden die
Abschnitte 6-10
der Sonderkohlenkarte zur Verlieferung freigegeben.
Verträge gegen diese Verordnung werden gemäß § 32 der vorgenannten Verordnung bestrift.
Berlin, den 8. Januar 1923.

Namens des Kreisaußschusses. Der Vorsitzende, Landrat Schlemmiger.

Verordnung über Höchstpreise für Umlagemehl.
Auf Grund der §§ 35 und 49 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922 (R. G. Bl. S. 549) und des § 14 der Verordnung über Abgabe und Entnahme von Brot und Mehl vom 11. August 1922 VII 23294 wird für den Kreis Niederbarnim angeordnet:
§ 1.
Mehl im Sinne dieser Verordnung ist das vom Kreisaußschuß zur planmäßigen Versorgung der Bevölkerung bestimmte Mehl.
§ 2.
Der Mehlpreis darf im Kleinverkauf nicht übersteigen:
für 1 Pfund Roggenmehl 167,50 Pf.
für 1 Pfund Weizenmehl 177,— Pf.

Diese Verordnung tritt mit dem 15. Januar 1923 in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt treten alle entgegenstehenden Bestimmungen außer Kraft.
§ 1.
Verordnung über Gebäudefreie und Gebäudewichte.
Auf Grund der §§ 36 und 49 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922 (R. G. Bl. S. 549) und des § 14 der Verordnung über Abgabe und Entnahme von Brot und Mehl vom 11. August 1922 VII 23294 — wird für den Kreis Niederbarnim angeordnet.
Brot im Sinne dieser Verordnung ist das aus dem vom Kreisaußschuß zur planmäßigen Versorgung der Bevölkerung bestimmte Mehl hergestellte Brot (Großbrot und Kleingebäck).
§ 2.
Der Brotpreis darf im Kleinverkauf nicht übersteigen:
für Großbrot im Gewicht von 1900 g 540,— Pf.
Kleingebäck im Gesamtgewicht von 50 g 17,— Pf.

§ 3.
Diese Verordnung tritt mit dem 15. Januar 1923 in Kraft. Mit dem gleichen Tage treten alle entgegenstehenden Bestimmungen außer Kraft.

Berlin, den 11. Januar 1923.
Namens des Kreisaußschusses. Der Vorsitzende, Landrat Schlemmiger.

Hohen Neuendorf.

Der Amtsvorsteher macht bekannt:
1 Jagdhund als entlaufen gemeldet (braun, weißgeprenkelt).
2 Schlüssel in der Klaritz. gefunden.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:
Gemeinde-Vertreter-Sitzung.
Am Montag, den 15. Januar d. J., nachmittags 7 Uhr, findet in dem Sitzungssaal, Berlinstr. 39, eine Sitzung der Gemeinde-Vertretung statt.

Die Herren Schöffen und Gemeindevorordneten werden hierzu mit dem Bemerken ergebenst eingeladen, daß die nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

- Tagesordnung.
1. Nochmalige Verlesung der letzten Sitzungsniederchriften.
 2. Verkauf der Trommeln und Klößen der Volksschule.
 3. Erfragwahl von Mitgliedern der Schuldeputation.
 4. Neueinführung der Entscheidung des Schularztes.
 5. Erhöhung der Stangebühren.
 6. Neueinführung der Wäitnergebühren.
 7. Verlängerung von Steuerordnungen.
 8. Nochmalige Beschlußfassung über die 1922 zu erhebenden direkten Gemeindesteuern.
 9. Beschlußfassung über weitere Finanzierung der Elektrizitätsanlage.
 10. Festlegung einer Entscheidung für Vertretung des Gemeindevorstehers.

Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Der am 14. November 1921 dem Revisorvertreter August Moller hierseits, Dorstr. 4 wohnhaft, angelegte Wäitnerschein Nr. 17 mit der Gültigkeitsdauer bis zum 13. November 1923 ist angeleglich verloren gegangen. Derselbe wird deshalb hiermit für ungültig erklärt.
Bergfelde, den 15. Januar 1923.
Der Amtsvorsteher: Kühn.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Nach den bau- und feuerpolizeilichen Bestimmungen müssen für jedes Gebäude Feuerlöschgeräte vorhanden sein. Es sind vorgeschrieben: 1 Leiter, die bis zum Dachstuhl reicht, 1 Eimer mit eiserne Haken sowie Eimer in verschließbarer Zustande zu erhalten. Die Abführung ist vom Kreisaußschuß genehmigt worden.
Durch Beschluß vom 2. 1. 1923 ist der Ablösungsbetrag auf 1000 Mark für jede mit Feuerungsanlage versehene Baufläche festgesetzt.
Die einkommenden Gelder fließen in einen Fonds, der zur Verbesserung der Löschgerätschaften der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr verwendet wird.
Die Gebäudedirektor — soweit sie den Ablösungsbetrag noch nicht gezahlt haben — hiermit aufgefordert, den Betrag von 1000 Mark für jede mit Feuerungsanlage versehene Baufläche binnen 14 Tagen an die Gemeindekasse zu zahlen.

Abtretung der Steuerbücher für 1922.
Zu meiner Bekanntmachung vom 2. d. Mts. über Abgabe der Steuerbücher für 1922 bemerke ich ergänzend, daß die Steuerpflichtigen gebeten werden, die ihnen bei Ausgabe der Steuerbücher für 1923 ausgehändigte Empfangsbescheinigung auszuwählen und dem abzugebenden Steuerbuch beizulegen.
Bergfelde, den 15. Januar 1923.
Der Gemeindevorsteher: Graber.

Kurze Nachrichten.

— In der Nacht sammelte sich vor dem Münchener Hotel „Vier Jahreszeiten“, in dem die Entenkommission wohnt, eine vielstündige Menschenmenge an, die gegen die Besetzung Ostens durch die Franzosen spontan demonstrierte. Dem Gesang des Deutschlandliedes folgte die „Macht am Rhein“ und das alte Soldatenlied „Siegrich woll'n wir Frankreich schlagen.“
— Aus Romantopino wird gemeldet: Auf dem rechten Ufer der Mariza befinden sich 70 000 Mann woblusgerüstete griechische Truppen, die eine durchaus kriegerische Haltung einnehmen.
— Der Zahlungstermin für die am 15. Januar fälligen 500 Millionen Goldmark ist vom Wiederherstellungsausschuß auf den 31. Januar verchieben worden.

Der Geist von 1914 geht um.

„Sie sollen ihn nicht haben, den freien, deutschen Rhein!“ Unter dieser Parole stand die erbebende Kundgebung, die am gefrigen Sonntag auf dem Königsplatz in Berlin stattfand. Es war nicht jene oberflächliche Begeisterung, die man schließlich als Hurra-Patriotismus bezeichnet, sondern man merkte es deutlich an den festlichen und willensstarken Gesichtern der nach hunderttausenden zählenden Menschenmenge, daß es nicht mehr um gewöhnlich zu sagen „Der Feind steht rechts“, sondern der Feind steht links auf, auf einen herdensicheren Boden, und ist daran, der deutschen Wirtschaft an die Kehle zu gehen. Die Redner hatten sich an achtzehn verschiedenen Punkten des endlosen Platzes aufgestellt. Reichstagsabg. Dr. Grafemann führte aus, daß wir unser kostbares Gut, unsere Einigkeit, verloren haben, aber klein ist der Parteilust, jedoch groß ist Deutschlands Zukunft. So ist es denn an der Zeit, sich zu der großen deutschen Volks- und Völkergemeinschaft zusammenzuschließen, die allein uns retten kann. — Staatsminister a. D. Erz. Hergl erinnerte an die Antikrisisbewegung des französischen Volkstages und betonte, daß man bei dem deutschen Mittelstand immer die Waffen genommen hat. Andersfalls wäre die Antwort auf den Friedensbruch die Mobilisierung gewesen und das Volk wäre zu den Höhen gelagt. Doch es gibt vor dem Weltverfall eine Vergeltung. Der letzte Tag wird uns, den Märtyrern von heute, gehören. Darum: Laßt Euch im Opfer von Euren Toten nicht bestärken. Todeseinficht der Begeisterung, hiesige Hand den Darbenden, dem Vaterlande alles. Und laßt Ihr nicht das Leben ein, nie wird Euch das Leben gewonnen sein. Der Redner schloß mit dem Ruff: „Schwör. Da erhebt die unermessliche Menge die Hände zum Himmel.“ — In ähnlicher Weise sprachen darauf noch der Arbeiterführer Gustav Hartmann der aus Zusammenhalt der Nation heraus, und Freiherr v. Bersner, der an französische Vorfälle und Taten erinnerte, zum Beispiel französischer und belgischer Märsche an der Front. — Als Ziel bezeichnete das Wort Clemenceau: „Zwanzig Millionen Deutsche sind zuviel“ und betonte, daß auch die Kinder in der Wiege dem Zugriff der Tyrannen spüren. Als Ziel bezeichnete keine markigen Ausführungen mit Staatsmanns Haltung an die wackeren Schweizer, die einst, wie am heutigen Tage, in Sorge um ihr Vaterland waren: Laßt die Rechnung des Tyrannen auswaschen, bis ein Tag die allgemeine und die besondere Schuld auf einmal zahlt. — Die von sämtlichen Rednern verlesene und einstimmig angenommene Entschließung lautet: „Wir erheben flammenden Protest gegen die ungeheuerliche Vergewaltigung des deutschen Volkes durch die französisch-belgische Besetzung des Ruhrgebietes. Die deutsche Wehrmacht hat sich dem Verbrechen widerstanden. Das deutsche Volk lehnt es ab, unter dem Druck der Bajonette Sklavensarbeit für die Friedensbrecher zu leisten.“ — Darauf sang die Menge entzückendst das Lied: „Wir sind die Deutschen, wir sind die Deutschen, wir sind die Deutschen.“

Die Länder hinter der Reichsregierung.

Bei der Verammlung der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder in Berlin gab der bayerische Ministerpräsident folgende Erklärung ab:

„Wir haben aus dem Munde des Reichsministers und des Herrn Außenministers vernommen, daß die Reichsregierung entschlossen ist, den schreienden Unrecht, das Frankreich im Ruhrgebiet mit dem Rücktritt und selbst mit dem Abhale des Reichsministers von Versailles trotz der Warnung einzelner unserer Alliierten über Deutschland mitunter verübt hat, durch den gegebenen Möglichkeiten eine wirksame, unbeeinträchtigte entgegenzusetzen. Diese feste Haltung der Reichsregierung wird, wie wohl in allen deutschen Ländern, so auch in Bayern, freudige Zustimmung und Unterstützung finden. Heute geht es um die Würde der Nation, um Deutschlands Zukunft, Rettung und Freiheit. In dieser Stunde der höchsten Gefahr ist es für alle deutschen Stämme selbstverständliches Gebot, sich um die Reichsregierung zu scharen und ihr auf ihrem schmerzlichen Gange heute zur Seite zu stehen. Das bayerische Volk ist bereit, im Kampf gegen die Schmach, die französische Herrschaft und Raubgier uns antun will, und in der Zurückweisung des unerhörten Zwanges, der unseren wehrlosen Völkern auferlegt wird, mit der Reichsregierung bis zum letzten durchzuhalten. In Bayern hoffen wir außerdem, daß die Reichsregierung auch durch den flächtigen Druck von außen in ihren Entschlossenheit nicht wanken wird, sondern fest bleibt. Heute darf es in allen deutschen Ländern nur eine Forderung geben: Deutschlands Zukunft und Gedeihen, die Reichseinheit über alles.“

Noch nicht genug.

Da der Wiederherstellungsausschuß auf das deutsche Notatoriumsgesuch vom 14. November noch nicht geantwortet hat, fragte man sich, wie das Vorkommnisblatt International schreibt, in politischen Kreisen, ob Deutschland die am 15. Januar fällige Rate von 500 Millionen Goldmark zahlen werde. Das Blatt meint, es wäre nicht zu verfehlen, daß ein großes Land wie Deutschland sich eine derartige Summe immer beschaffen könnte (1), sei es durch Abhebung aus seinem eigenen Metallbestand, sei es durch einen Appell an seine Industriellen, ihm auswärtige Devisen zur Verfügung zu stellen. Sollte Deutschland eine Verzögerung vornehmen, so schreibt der International weiter, so wäre es wahrscheinlich, daß dann eine Intervention der Entente (1) ins Auge gefaßt werde. Nach dem Tempus wird sich der Wiederherstellungsausschuß in seiner nächsten Sitzung mit einer Note der französischen Delegation über die Frage der Kapitalflucht aus Deutschland und die deutschen Restitutionsämter beschäftigen.